

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgesellschaft: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Wöberggasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Zammelnnummer 7991. Hauptamtlich: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. 7981) und Brunnengasse 49 in Giebichenstein (Tel. 1103). Verantwortlich für die Redaktion: Albert Heusinger in Halle.

Nummer 5

Halle, Montag den 7. Januar

1918

Friedensverhandlungen und englische Kriegsziele.

Englische Kriegsziele.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Nun liegen sie endlich vor, die englischen Kriegsziele. Endlich hat die englische Regierung das Verlangen weiterer Freie des britischen Volkes, das Verlangen der englischen Arbeiter, erfüllt. Endlich hat Lloyd George, der bisher die Politik verhielt, nur in allgemeinen Redensarten über die englischen Kriegsziele zu sprechen diese Kriegsziele klar auszusprechen.

Wir haben Veranlassung genommen, uns mit möglichen Kreisen über den Eindruck zu unterhalten, den man in diesen Kreisen von der neuesten Rede Lloyd Georges gewonnen hat. Es wurde uns gegenüber betont, daß diese Rede keineswegs als ein englisches Friedensangebot an Deutschland aufzufassen sei, sondern lediglich als eine Wiederholung der englischen Kriegsziele in ungezügelter Form. Diese Rede — so führte uns gegenüber eine maßgebende politische Persönlichkeit aus — enthält alles, was England von Anfang an an imperialistischen Kriegszielen aufgestellt hat. Dieser englische Imperialismus hat sogar noch eine wesentliche Ergänzung erfahren. Ohne jede Verheimlichung verlangt Lloyd George Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palästina. Armenien soll offenbar den Russen ausgeteilt werden. In Bezug auf die anderen türkischen Gebiete soll anscheinend die staatsrechtliche Form eines englischen Protektorates gewählt werden. Wir wissen aber aus der Geschichte, daß Großbritannien Gebiete, die unter sein Protektorat gestellt werden, als Teile des englischen Reiches ansieht. Und der Tatsache, daß Lloyd George kein Wort über Vestsien sagt, in einem Augenblick, wo Arabien und die Türkei sich bereit erklärt haben, ihre Truppen aus Vestsien zurückzuziehen, muß gefolgert werden, daß auch Vestsien unter englisches Protektorat gestellt werden soll.

Zu der elias-lohringischen Frage, von der Deutschland erklärt hat, daß sie gar nicht existiere, stellt sich Lloyd George völlig auf die Seite Frankreichs. Er sprach sein Wort von der Möglichkeit der deutschen Kolonien. Vor Schicksal soll vielmehr auf der Friedenskonferenz entschieden werden, und Lloyd George erlaubt sich dabei noch die wohlwollende Bemerkung, daß lediglich Deutsch-Südwest und dort auch nur die Westküste während des Krieges an Deutschland gehalten hätten. Im übrigen ist es das Selbstbestimmungsrecht nach russischem Schema auch auf die Eingeborenen unterer

Kolonien ausdehnen zu wollen. Gleich geliebten ist sich Lloyd George in seiner echt englischen Bescheidenheit. Während er in der Einleitung seiner Rede betonte, England führe keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, schloß er sich im Verlaufe seiner Rede den französischen Verlangens nach der Auslieferung deutscher Landesteile an. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Rede die Kriegsziele des englischen Gesamtministeriums umfaßt, denn Lloyd George betonte ausdrücklich, daß er diese Fragen vorher von Asquith, Grey und dem Vertreter der Kolonien beraten habe. Das Urteil über diese Kriegsziele kann nur lauten: England will nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges.

Nun hat freilich der englische Arbeiterführer Henderson in seiner Widmung der Rede Lloyd Georges sich bemüht, die Kriegsziele Lloyd Georges etwas abzumildern. Allerdings handelt es sich um ein Ziel mit verteilten Rollen. Um sich bei den russischen Machthabern anzuheben, stellte Henderson die Forderung dar, daß die englischen Kriegsziele mit dem Programm der Volkswirtschaft übereinstimmen. Er verurteilte, diese Kriegsziele des den Russen so erhabenen Imperialismus zu entziehen. Es zeigte sich eben, daß selbst den englischen Arbeitern die Kriegsziele eines Lloyd George unheimlich sind. Aber Henderson ist durchaus nicht von diesen Kriegszielen abgerückt, er hat sich vielmehr völlig in den Dienst von Lloyd George gestellt. Das Einverständnis über diese Kriegsziele kann nur lauten: Das ist unter keinen Umständen ein Programm, das auch nur würdig wäre, von deutschen Politikern diskutiert zu werden.

Die politische Lage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 7. Januar. Die Verhandlungen des Dantzig-Ausschusses des Reichstages, die heute nachmittags um 2 Uhr fortgesetzt werden, werden die allgemeinen politischen Debatte abbrechen, das noch fortsetzbar. Die Fraktionen halten heute mittags fünfzig Sitzungen ab, auch werden von den Mehrheitsparteien Verhandlungen über den Vertrag mit der Reichsregierung geführt. Von gewisser Zeit wurde betont, daß die Mehrheitsparteien hinsichtlich der Verteilung der Rüge nicht völlig einig sind. Das ist aber nicht ganz richtig. Vielmehr wird von Seiten der Mehrheit großer Wert darauf gelegt, daß man einig bezüglich

am die Regierung zu führen. Nur die National-Liberalen haben sich etwas früher als früher von der Mehrheit entfernt. Da der russische Minister des Äußeren, Trotski, am Sonnabend von Petersburg abgereist ist, so steht die Wiederaufnahme der Verhandlungen in West-Vitost am unmittelbar bevor. Wie man sich über den Ort der Verhandlungen einigt, läßt sich derzeit noch nicht beurteilen. Nur das ist sicher, daß der Kongress sich von den Russen den Ort der Verhandlungen nicht vorschreiben lassen will. Bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes der Grenzländer über ihre eigene Zukunft wollen, wie man hört, die Fraktionen so weit wie möglich entgegenkommen.

Großen Wert legt man in Berliner politischen Kreisen darauf, daß mit der Ukraine weiter verhandelt wird. Auf diese Weise wird eigentlich die Anerkennung der Ukraine als selbständiger Staat die bisher von Seiten der Mittelstaaten noch ausstehend, in die Wirklichkeit umgesetzt, und diese Selbständigkeit der Ukraine ist für die Mittelstaaten von außerordentlichem Wert. In der Ukraine ist sich zurzeit noch nicht im geringsten eine Einigung der Rada mit der Volkswirtschafts-Regierung vorzuliegen. In der Ukraine sind fast überall die Forderungen der ukrainischen Bevölkerung. Die Truppen der Volkswirtschafts-Regierung sind in der Ukraine und haben die höchste Unordnung hervorgerufen. Massenhaltungen von Bauernzweigen, und namentlich die Befreiungen der Großgrundbesitzer, in erster Linie die der Polen, vermehrt werden.

Die deutsche Erklärung.

In verschiedenen deutschen Blättern ist die Ansicht vertreten, als ob die Erklärung der deutschen Delegation in West-Vitost am 28. Dezember, die das Recht der Verhandlungen mit den Russen, von den Tschechen nicht entzogen, es ist u. a. gesagt worden, daß diese Erklärung vor allem nicht dem Umstande gerecht geworden sei, daß die Russen den Standpunkt der Ablehnung des Punktes 1 und 2 in vollkommen einmütiger und schroffer Form zum Ausdruck gebracht haben. Dem ist entgegenzusetzen, daß das Protokoll der Verhandlungen die Richtigkeit der deutschen Kundgebung bestätigt. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß in der neutralen Presse anders lautende Behauptungen verbreitet sind. Die Mitteilungen, die die deutsche Regierung an die Öffentlichkeit gibt, sind in Gegenwart und Vergangenheit immer absolut wahr-

heitsgemäß gewesen und sie werden es auch in Zukunft sein. Es heißt also dabei, daß die eingangs erwähnte Meinung falsch und die deutsche Regierungserklärung absolut richtig ist.

Ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum?

am 7. Januar. Wie den Leipziger Blättern aus Berlin gemeldet wird, ist in der sozialdemokratischen Fraktion bereits gestern beantragt worden, dem Reichstag wegen der Art, wie in West-Vitost die Verhandlungen geführt werden, ein Mißtrauensvotum zu erteilen.

Die Antwort Trotskis in West-Vitost.

(Von unserer Berliner Redaktion.)
Wie von uns unterrichtet wurde, verlässt sich heute vormittag Trotski mit der russischen Delegation in West-Vitost eingetroffen.

Verlängerter Waffenstillstand?

Die Frage, ob der Waffenstillstand über den 14. Januar hinaus soll, ist aktuell geworden. Spätestens heute mittag mußte der Waffenstillstand gefälligst freigegeben von einer der beiden Parteien die Waffenstillstand, die Feindseligkeiten am 14. wieder zu eröffnen. (Post. Hg.)

Schweizerische Auffassung.

am 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sonderberichterstatter der „Basler Nachrichten“ beim Österreichisch-ungarischen Kriegsdepartement, Oberst Egli, telegraphiert: Hier herrscht gegenwärtig Betreff der Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich eine sehr ruhige Auffassung. Die Regierung der Weltmacht ist sich der Verhandlungen durch Unbereitschaft einiger hervorretender Schwierigkeiten setzen zu können und bringen gefällige Nachrichten über die Friedensbedingungen und über die russischen Verhältnisse. Der Waffenstillstand ist eine Folge der russischen Niederlage, wie auch der inneren Umwälzung in Russland durch zurückzuführen ist. Deshalb hängt das Verhältnis zu den Mittelstaaten nicht von der inneren russischen Entwicklung ab. Die Verhandlungen haben das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern wesentlich gefördert. Auf russischer Seite wurde noch mächtiger Lob gegen England gesprochen.

Griechische Forderungen.

am 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Zu den Friedensverhandlungen von West-Vitost und zu den Kriegszielen Griechenlands meldet die „Agence Hellénique“ u. a. die Bestimmungen um Verlangen und Parteien können wir und dürfen wir als Griechen verlangen, daß die Kriegsverhandlungen in Bezug auf die griechische Frage auf der Grundlage des Punktes 1 und 2 der russischen Vorschläge verhandelt werden. Griechenland als selbständiger europäischer Staat hat das Recht, entsprechend den angeführten Prinzipien eines gerechten Friedens zu fordern. Die Forderung des griechischen Staatsgebietes vor Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen, damit das Volk seine Meinung über sein Schicksal durch seine eigenen Vertreter äußern kann. 2. Die Wiederherstellung seiner Selbstbestimmungsrechte, der Unabhängigkeit und der Integrität seiner Staatsgebiete, die ihm einen unerschütterlichen Zwangsverband auferlegen und es zu einem Protektorat fremder Mächte herabwürdigen. 3. Die Befreiung der griechischen Inseln von allen Schranken und Revolutionen angedeutet haben, was keineswegs den Forderungen des Punktes 5 der russischen Vorschläge und den entsprechenden Erklärungen des Viererbundes widersprechen würde. Dem Griechenlands dürfte trotz der Politik des Herrn Venizelos, der keineswegs als bester Vertreter des griechischen Volkes gelten kann, nicht zu den Kriegführenden Staaten gerechnet werden. Griechenland vielmehr ist das einzige Land, das eine eigene Mission unter den Völkern einer Politik des friedlichen Eingreifens leitend der Mittelstaaten leben muß, obwohl es nur den Frieden und die Ruhe wünscht.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(H. T. A.) Großes Hauptquartier, 7. Januar. **Westlicher Kriegsschauplatz:** Im Stellungsbogen südlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Arras und Veronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittage heftige Artilleriekämpfe.

Auch zwischen der Meuse und der Rhone, beiderseits von Lure und auf dem Westufer der Meuse war das Artillerie- und Mörserfeuer heftiger.

Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Grundtendenzen im Bereich der Stellungen beschränkt. **Ostlicher Kriegsschauplatz:** **Nikols Reue.** **Macedonische und italienische Front:** Die Lage ist unändernd.

Der erste Generalquartiermeister: **Lubardoff.**

Der amtliche bulgarische Heeresbericht.

(H. T. A.) Sofia, 6. Januar. Generalstabbericht vom 5. Januar: **Macedonische Front:** An der Tschirvana Steina und auf der Straße nach Vidolova war die Artillerietätigkeit lebhafter. An dem rechten Barabarot verdrängte eine feindliche Abteilung sich unter Einwirkung von Mörsern, wurde aber durch Heere zurückgeworfen. An der übrigen Front schweben Artilleriekämpfe.

Ein Waffentrotz Krotskis.

Amsterdam, 7. Januar. Aus Petersburg wird gemeldet: Trotski verbot den russischen Banken irgend welche Depositionen an fremde Wertschriften zurückzugeben, so lange die Oberste der alten Regierung, die außer-

Vandes deponiert sind, den Volkskommissionen vorzulegen werden. (H. T. A.)

Krotski Appell an die französischen Sozialisten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt aus Genf: Die „Berliner“ veröffentlicht Krotskis Antwort an die französischen Sozialisten. Die wesentlichen Stellen sind folgende: Die bisherigen Kriegserfahrungen haben gelehrt, daß der Krieg nicht durch Waffenmacht sein Ende finden kann. Wie oft hat man den französischen Soldaten den französischen Sieg verhießen? Geheißmal war seine Hoffnung verfehlt. Wir sind also auf militärischem Gebiet einer Lösung jo fern, wie nach den ersten Kriegserfahrungen. Dem französischen Sozialisten fällt ein Teil der Verantwortung dafür zu. Nach allen Bemerkungen, denen der französische Sozialismus sich aussetzt hat, hat er das Recht verweigert, den russischen Sozialismus zu bevorzugen. Clemenceau führt das französische Volk zu seinem Untergang. Diese Erkenntnis wird endlich auch in französischen Protestationen dämmern. Es wird von seiner Regierung die Teilnahme an den Friedensverhandlungen verlangt.

Wagelaufener Waffenstillstand.

am 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die laut: Das ist die Peterburger Blätter melden, die von den marxistischen und ukrainischen Truppen vereinbarte Waffenstillstand am Sonnabend abgelaufen. Die Kämpfe an der Front haben mit Heftigkeit wieder eingesetzt.

Kriegsfeindliche Bewegung in Italien.

Jülich, 7. Januar. Die „Stampa“ veröffentlicht einen Bericht über die Hausdungen in der lombardischen

Fronten. In absehbarer italienischen Kasernen Friedensmanifester verbreitet wurden. In den letzten Tagen haben zahlreiche italienische Delegierte die Schweizer Grenze überschritten. (Post. Hg.)

Die amerikanische Militärkommission an der russisch-rumänischen Front.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

An der russisch-rumänischen Front hält sich eine amerikanische Militärkommission auf, die ihren Standort in Jassy hat und zu deren Stab auch amerikanische Werber gehören, die in Jassy Werbureau nach amerikanischem Vorbild eingerichtet haben und sich bemühen, russische Offiziere und Soldaten für die amerikanische Armee zu gewinnen. Den russischen Offizieren, die bei ungenügenden amerikanischen Armeen ihre Erfahrungen aus mehr als dreißigjährigen Kämpfen mitteilen wollen, wird eine hohe Gehaltung in Aussicht gestellt, um sie zum Heertritt zu bewegen.

Streitigkeiten zwischen Wilson und Carranza.

An Washington heißt man, dem „Reit-Raffin“ zufolge, auch an Carranza, der sich in jüngster Zeit wenig freundlich gegenüber Amerika gezeigt hat, einen entscheidenden Kampf auszukämpfen, indem man Mexico für die Wahl stellt, einen neuen Handelsvertrag einzugehen oder abzulehnen. Als Gegenleistung verlangt man in Washington die Derabgebung der Ausfuhrzölle gewisser Rohprodukte für die Vereinigten Staaten. Die Gesteine ist weit entfernt, sich mit der Aufgabe zu beilegen. Carranza landete einen Protest nach Washington wegen des Verweilens amerikanischer Truppen auf mexicanischem Gebiet. Das Kriegsdepartement

